

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

120 (3.11.1923)

Er scheint
bis auf weiteres einmal
Samstag.

Bezugspreis:

Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Ansträger
ohne Befreiung
für November 90 000 Mk. mal
Schlüsselzahl freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftst. 108-5 Uhr, Sonntags
geschloffen.

Vertrauensverhältnis Nr. 11.

Volkshochschule
Karlstraße Nr. 6993.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 120.

Samstag, den 3. November 1923.

84. Jahrgang

Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Einstimmiges Ersuchen der Alliierten.

Hoffnung auf einen Weg, die Reparationsfrage endgültig zu lösen.

London, 31. Okt. Lord Curzon hat gestern dem amerikanischen Botschafter mitgeteilt, daß die Alliierten einstimmig die Vereinigten Staaten ersuchen werden, den Vorsitzenden für einen Sachverständigenausschuß zu ernennen, der unter dem von Poincaré vorgeschlagenen Bedingungen und im Auftrag der Reparationskommission Deutschlands Leistungsfähigkeit prüfen soll.

Da Präsident Coolidge gestern mittag erklärt hat, daß Frankreichs Vorschläge keine Ablehnung der amerikanischen Bedingungen darstelle und daß ein Sachverständigenausschuß der ganzen Welt einen aussichtsreichen Weg beschließen werden, um die Reparationsfrage endgültig zu lösen, wird von englischer Seite vor dem Zusammentritt der Kommission, wie die Times behauptet, kein diplomatischer Versuch mehr unternommen, Poincaré zur Verrückung seiner Vorbehalte zu veranlassen. Ohne anscheinend auf die englischen Bedenken gegen die französischen Vorbehalte einzugehen, dürfte Poincaré dem englischen Standpunkt doch infolge einer Konzession gemacht haben, daß er mit der Ernennung des Amerikaners zum Vorsitzenden des Ausschusses einverstanden ist. Dadurch würde die Aufstellung seines Arbeitsplanes und das einzuschlagende Verfahren, um Deutschlands Zahlungsfähigkeit festzustellen, in die Hand einer sachverständigen Persönlichkeit gelegt, die nach englischer Ansicht zweifellos Sorge dafür tragen wird, daß die Arbeiten der Kommission nicht völlig ergebnislos sein werden. Von englischer Seite wird bei den Alliierten angeregt, daß die diplomatischen Vertreter der Entente in Washington eine gemeinsame Demarche beim Staatssekretär Hughes unternehmen, um diesem in Gestalt einer Verabredung eine Einladung der Alliierten zu überbringen.

Die englische Note betr. den Sachverständigenausschuß.

Paris, 1. November. Der englische Botschafter hat dem französischen Ministerium des Auswärtigen gestern nachmittag den Vorschlag auf Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit in Gestalt einer schriftlichen Note übermittelt. Ein englischer Schritt gleicher Art ist in Rom und Brüssel unternommen worden. Genaueres über den Inhalt der englischen Note ist bisher nicht bekannt geworden; man weiß nur, daß der Ausschuss nach dem englischen Vorschlag durch die Reparationskommission einberufen werden soll, daß England einen gemeinsamen Schritt der drei Verbündeten mit der amerikanischen Regierung angeregt und daß der Ausschuss nach dem Vorschlag Englands so rasch wie möglich zusammenzutreten soll. — Als Ort der Verhandlungen ist Berlin anzu-ersehen.

Deutsche Auslandsguthaben als Reparationspfand?

London, 1. Nov. Obwohl die gestrige Presse nur mit einer ganz vorläufigen Andeutung im Daily Telegraph davon Notiz genommen hat, wurde doch bekannt, daß der amerikanische Botschafter in London mit Lord Curzon eine Besprechung hatte. Es hat ungeheures Aufsehen erregt, daß der Sachverständigenausschuß anscheinend auf amerikanische Initiative hin nicht mehr in Paris und Berlin tagen werde, sondern eine Reise durch europäische Länder unternehmen werde, um sich im übrigen Europa davon zu überzeugen, wieviel Wertbesitz und deutsche Auslandsguthaben als Pfänder für eine große Reparationsanleihe in Anspruch genommen werden können. Es handelt sich hier um eine Anregung, die bereits vor Jahr und Tag von Mac Kenna unterbreitet worden war. Die englischen sachverständigen Kreise beziffern das deutsche Guthaben im Ausland auf 5 Milliarden Goldmark, während amerikanische Sachverständige das im Ausland befindliche deutsche Guthaben, das für Anleihezwecke zur Verfügung steht, mit 20 Milliarden Goldmark bemessen.

Kritische Lage im Ruhrgebiet.

Das Krupp-Abkommen. — Wer bezahlt die Reparationskosten und die Kohlensteuer?

Essen, 30. Okt. Die Bemühungen, das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, führten zur Bildung von Wirtschaftsräten. Nachdem der Düsselbacher Ausschuss bereits zusammengetreten ist, tagte gestern der Essener Ausschuss zum erstenmal. Es wurden Kommissionen gebildet. In sachlichen Verhandlungen wurde nicht eingetreten. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß durch die Bildung von Wirtschaftsausschüssen für einzelne Bezirke eine Dezentralisation Platz greift, die dem Verlauf der Verhandlungen nicht günstig ist. Was die allgemeine Lage anbetrifft, so wurde für Essen eine Beruhigung durch die Ankündigung geschaffen, daß das Krupp-Abkommen in den nächsten Tagen vorläufig definitiv wird. In den übrigen Gebieten des Industriebezirks ist die Lage nach wie vor kritisch. Die Verhandlungen der Reparationskommission, die Bezahlung der Reparationskosten und die Bezahlung der Kohlensteuer, wurden noch nicht gelöst. Neuerdings verlautet, die Lieferung der Reparationskohle durch eine große ausländische Anleihe zu finanzieren, oder die Frage der Kohlensteuer in der Weise zu lösen, daß den Franzosen eine Beteiligung am Reingewinn zugestanden wird. Während hier in gewissen Kreisen Stimmung dafür gemacht wird, französisches Kapital aufzunehmen, besteht in anderen Kreisen eine ebenso starke Meinung dagegen.

Raub von Kassenjournalen.

Berlin, 31. Okt. Wie zusammenfassend mitgeteilt wird, haben die Franzosen und Belgier in den letzten Tagen aus Reichsbankstellen und Privatdruckereien im Ruhrgebiet Reichsbanknoten im Betrag von 1 1/2 Trillionen Mark weggenommen.

Krupp aus der Haft beurlaubt.

Die „Köln. Volksztg.“ meldet: Herr Krupp v. Bohlen und Halbach sowie die drei im Düsselbacher Gefängnis befindlichen Direktoren der Kruppwerke wurden zur Erledigung dringlicher geschäftlicher Angelegenheiten für sieben Tage aus der Haft nach Essen beurlaubt. Wie verlautet, finden am Montag Verhandlungen statt über die Haftentlassung weiterer politischer Gefangener. Man nimmt an, daß die „Beurlaubung“ der Kruppdirektoren die Einleitung für ihre endgültige Freilassung sein wird.

Völlige Arbeitseinstellung im Ruhrgebiet.

Essen, 29. Okt. Ueber den Ernst der Lage im Ruhrgebiet wird vom W.L.B. mitgeteilt: Die Betriebsleistungen sind heute in einem Maße erfolgt, daß die völlige Arbeitseinstellung gleichkommen. In nahezu allen größeren Werken stehen die Maschinen still. Die Verantwortung für diesen Zustand und seine Folgen haben einzig und allein die Besatzungsbehörden zu übernehmen, die durch ihre Maßnahmen und ihre unerlässlichen Bedingungen die jetzige Lage geschaffen haben. Auf deutscher Seite besteht nach wie vor Verhandlungsbereitschaft. Die Transportfrage ist immer noch ungeklärt. Die Regierung entschuldigt sich neuerdings damit, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung das notwendige Material nicht zurückerkauft. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Tausende von Wagen auf den toten Strecken des Ruhrgebietes stehen. Es fehlt der Regie vor allem an den leitenden deutschen Eisenbahnbeamten, die in der Lage wären, die Reorganisation des Verkehrs im Ruhrgebiet durchzuführen.

Die Separatistenbewegung.

Das Urteil des Ministers für die besetzten Gebiete.
Berlin, 30. Okt. Der Minister für die besetzten Gebiete sprach sich gegenüber einem Vertreter des W.L.B. über die Lage im Rheinland folgendermaßen aus:
Dabei die Ereignisse noch im Fluss sind, so hat sich doch in den letzten Tagen immer deutlicher herausgestellt, daß die Franzosen ganz offen unter Anwendung ihrer militärischen Machtmaß die Separatistenbewegung zum Erfolg zu verhelfen suchen. Gleichzeitig liegen jetzt wieder ausführliche Berichte des Kölner Timeskorrespondenten vom 27. Oktober, sowie der führenden ausländischen Presse als unabweisbare Zeugnisse dafür vor, daß die Träger der Bewegung und ihre Helfershelfer sich aus den denkbar minderwertigsten Elementen zusammensetzen. Das ist nicht zu viel gesagt. Man kann gerade auf Grund dieser unbeeinflussten Auslandsberichte fester stellen, daß die Separatistenbewegung ein verbrecherischer Ueberfall ist, unternommen in der Zeit der furchtbarsten Not, in der sich jemals eine Bevölkerung befunden hat. Auf der anderen Seite kann auch gesagt werden, und auch dies ist bereits im Auslande wiederholt festgestellt worden, daß der Wille des rheinischen Volkes sich dem freiwilligen Beitreten mit unbedingtem Willen entgegensetzt. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat waffenlos den Abwehrkampf gegen die schwer bewaffneten Sonderbündler aufgenommen, und hat sich dort, wo die französische Militärgewalt sich nicht für die Separatisten eingestellt hat, sehr schnell und erfolgreich durchgesetzt. Auch wenn, wie die „Times“ melden, auf der Gegenseite beschlossen worden ist, den Terror gegen die rheinische Bevölkerung noch zu verschärfen und sie müde zu machen, so wird auch dies den Willen der rheinischen Bevölkerung nicht zu brechen vermögen. Es wird sich alsdann bald herausstellen, daß noch niemals mit dem so laut verkündigten Grundsatze der freien Selbstbestimmung, durch die Bevölkerung ruhloses Spiel getrieben wurde, als hier. Verbrechen, Terror, Waffengewalt auf der einen, zähe, aufopfernde Abwehr einer wehrlosen und notleidenden Bevölkerung auf der anderen Seite, ist das Bild, das sich im Rheinland darstellt. Im Hinblick auf dieses Bild appellieren wir an die Völker der Erde, diesem unerhörten Vorgehen, das sich im Mittelpunkt der ältesten europäischen Kultur, im Zentrum friedlicher, wirtschaftlicher Arbeit abspielt, nicht länger untätig zuzuschauen.

Schicksal in der Separatistenbewegung.

Paris, 29. Okt. Der Berichterstatter der „Chigaco Tribune“ in Düsseldorf berichtet, daß die separatistische Bewegung im Norden des Rheinlandes zum völligen Stillstand gelangt sei. In Krefeld würden noch mehr als 3000 schwer bewaffnete Mann eines Stützpunkts unter den Waffen gehalten. Die Separatisten hätten auch noch Duisburg im Besitz, würden dort aber offensichtlich von belgischen Jagonnetten unterflügt. In Düsseldorf erwarte man jede Nacht einen Angriff. Die Franzosen hätten vorgestern abend der entwaffneten blauen Polizei die öffentlichen Gebäude übergeben mit dem Befehl, sie nicht zu verteidigen, wenn sie angegriffen würden.

Die Haltung Englands.

Berlin, 28. Okt. Blättermeldungen zufolge ist die Ansicht der britischen Regierung in der Frage der rheinischen Separatistenbewegung der französischen Ansicht diametral entgegengesetzt. Die britische Regierung werde das in Koblenz gebildete

Separatistenkabinett nicht anerkennen. Jeder Versuch von Seiten der Separatisten in Köln werde durch die britischen Streitkräfte verhindert werden. Dies geschehe in Uebereinstimmung mit der von Baldwin vertretenen Politik des Widerstandes gegen eine Auflösung Deutschlands.

Englischer Protest gegen die Lostrennung der Rheinlande.

Paris, 1. Nov. Die englischen Botschafter in Paris und Brüssel haben gestern den Ministern des Auswärtigen eine Note überreicht, die sich mit der Haltung der beiden Regierungen gegenüber der Sonderbündlerbewegung im Rheinland beschäftigt. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, erklärt die englische Note über die separatistische Bewegung in den Rheinlanden, die gestern nachmittag der Regierung überreicht wurde, die Grenzen Deutschlands seien durch Artikel 27 des Versailler Vertrages festgelegt jede territoriale Veränderung würde mit dem Vertrag von Versailles im Widerspruch stehen. England könne insofern tatsächlich, noch rechtlich, eine rheinische Regierung anerkennen, die sich der Autorität des Deutschen Reiches entziehe.

Die französische Regierung hat die englische Demarche mit folgender Erklärung beantwortet: „Frankreich hält sich nicht für berechtigt, in die inneren Angelegenheiten Deutschlands einzugreifen oder dem Wunsche der rheinischen Bevölkerung entgegenzutreten, der offenbar darauf gerichtet ist, innerhalb des Reiches einen autonomen Staat zu errichten.“

Vorkläufige Zurückstellung der Rheinlandpolitik in Paris?

Paris, 1. Nov. Das „Echo de Paris“ das Blatt der Willkür, sagt zu der englischen Note: Dazu sehe man voraus, daß eine wirkliche und rechtliche separatistische Bewegung auf beiden Rheinufnern sich kundgebe, dann wäre es doch festzumachen, es sei Pflicht der Alliierten, sich zu erdröhnen. Wer würde sich erheben, wenn sich Bayern politisch vom Deutschen Reich löse, und wer würde behaupten, daß das eine Verletzung des Versailler Vertrages bedeute? In London und Washington habe man eine überraschende Fertigkeit, sich um die deutsche Einheit zu kümmern, aber das Problem sei ja im Augenblick nicht aktuell. Die rheinischen Separatisten haben sich im Laufe der letzten zehn Tage außerordentlich schwach erwiesen. Daher brauche man nicht mit London in eine Kontraverse eintreten. Was eine rheinische Autonomie anbelange innerhalb der deutschen Regierung und unter der Leitung der alten deutschen Parteien, so sei das eine andere Angelegenheit. Aber eine solche Autonomie werde sehr weitgehende Folgen nach sich ziehen in dem kommenden Streit bezüglich der Ausführungen des Versailler Vertrages. Für den Augenblick würde sich Frankreich darauf beschränken, seine Reparationen und Sicherheiten durchzuführen. Dann werde später schon die Zeit kommen, um sich mit größeren Fragen zu beschäftigen.

Die Tradition der französischen Politik.

Als das Corps Frossard am 2. September 1870 die bei Saarlücken stehenden schwachen deutschen Kräfte zurückgedrängt hatte, teilte der französische Außenminister Herzog von Gramont dem russischen Geschäftsträger die Bedingungen mit, die das siegreiche Frankreich Preußen auferlegen denke. In Petersburg wurde der preussische Militärbevollmächtigte vom Zaren über diese Pläne unterrichtet, und so kamen sie zur Kenntnis Bismarcks. Gramont hatte dem Russen folgende Friedensbedingungen genannt: Preußen sollte auf das Gebiet zurückverwiesen werden, das es im Jahre 1866 gehabt hätte. Die Donautien, deren Länder Preußen angegliedert worden waren, sollten wiederhergestellt (Hannover, Hessen-Nassau, Schleswig-Holstein usw.) die Mittelstaaten durch preussische Abteilungen vergrößert, ferner Staatengruppen in Deutschland geschaffen werden, die die preussische Vorherrschaft dauernd verhindern sollten. Das Saarbecken sollte Frankreich erhalten. Preußen müsse die Kriegskosten bezahlen und an Oesterreich die Summe zurückgeben, die es im Prager Frieden erhalten hatte. (Dreißig Millionen Taler.) Schließlich dachte Gramont den Zaren anzubieten, wenn die französischen Truppen in Berlin ständen, damit der Zare neutral bleiben sollte. Die Verwirklichung dieses Programms hätte außer einer Vergrößerung Frankreichs durch ein rein deutsches Land die Zerstückelung Preußens und damit die Vernichtung jeder Möglichkeit einer Einigung des deutschen Volkes bedeutet; die deutschen Staaten wären französischem Einfluß verfallen. Die Siege der deutschen Truppen haben den Phantasiegebilden des französischen Ministers rasch ein Ende gemacht.

Das Schicksal der Pfalz.

Allmählich kommt einiges Licht in den Dunkel, das über der Vorgeschichte der Ereignisse in Speyer am letzten Mittwoch liegt. Die Pfälzer Sozialdemokraten geben nun zu, daß sie über ihre Pläne mit den Franzosen verhandelt haben. Wenn diese Verhandlungen begonnen haben, ist uns unbekannt, aber man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die hodyverträtlichen Verhandlungen schon lange schweben. Fest steht also jetzt, daß die Pfälzer Sozialdemokratie mit französischen Stellen eigenmächtig und ohne Kenntnis und Einverständnis einer deutschen Regierungsstelle über eine politische Umgestaltung der Pfalz verhandelt haben. Darin liegt der Verrat. Die Pfälzer Sozialdemokraten mußten wissen, daß der Versuch, die Pfalz von Bayern zu lösen, dasselbe ist, wie der Versuch, das Rheinland von Preußen zu lösen, den der Separatistenführer Dorten als Ziel bezeichnet. Sie mußten wissen, daß Dortens Umtriebe als Hochverrat gelten, daß sie also auf den gleichen Wegen wandelten, da gibt es kein Deuteln. Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß eines Tages das Rheinland in ein anderes Verhältnis zu Preußen treten kann und ebenso die Pfalz zu

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 50 Mk.
Familien-Anzeigen 40 Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 150 Mk.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom
Berein deutscher Zeitungsverleger
für alle Zeitungen verbindlich jede
Woche festgesetzt wird.
Grundgebühr im Anzeigen- und
Tertel in Petit.
Bei Wiederholungen tarifrester
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum aber bei gerichtlicher Ver-
treibung und bei Konkurs ersicht-
lich.
Plagiatvorwürfe werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigenannahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen müssen
am Tage vorher aufgegeben werden.

München, aber darüber besteht kein Zweifel, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen jede Umbildung sehr gefährlich ist, und daß, wenn sie vorgenommen werden soll, dann nur in Verhandlungen, die in aller Offenheit geführt werden und nicht in Geheimtätigkeiten mit Franzosen. Es scheint, als ob Ehrgeiz und Strebertum einige Leute den Versuchern in den Arm geführt haben. Die Versuchung ist im besetzten Gebiet stets so nahe. Derartige Fälle sind im Rheinland zahlreich. Man kann sich sehr wohl denken, daß ein ehemaliger Ministerpräsident, wie der Sozialdemokrat Hoffmann, sich nur ungern in den Alltag des kleinbürgerlichen Lebens fügt, und besonders dann nicht, wenn in ihm eine mächtige Wut auf seine Nachfolger steckt. Für Menschen mit solchen Sprüchen ist das besetzte Gebiet ein gefährlicher Boden. Und kommt dann noch eine Ueberschätzung der eigenen Popularität hinzu, dann findet der Versucher leicht einen Zugang. Herr Hoffmann wird heute etwas erstaunt sein, daß man seine guten Absichten, — gut nach seiner Meinung — so sehr verkennt. Das ist ja immer so. Die Andern sind stets die Schuldigen. Wir hoffen, daß die Sozialdemokratie keine Rücksichten nimmt, und Herrn Hoffmann das sagt, was ihm gesagt werden muß.

Wenig ruhmvoll ist nun die Stellung der Franzosen. Herr Hoffmann hat sie über die Stimmung der Pfälzer schlecht informiert, ebenso schlecht, wie einst Dornen, den General Mangin in Mainz. Unklar ist noch, wie es kam, daß an Stelle des sozialdemokratischen Antrages plötzlich die Erklärung eines französischen Majors trat. Es wäre gut, wenn die Pfälzer Sozialdemokratie da offen die Wahrheit sagte.

Das Ende einer Komödie.

Speyer, 26. Okt. Die Vertreter der Pfalz sind heute 4 Uhr, wie angekündigt, wieder von General de Metz empfangen worden. Der General stellte zur Frage der Schaffung einer autonomen Pfalzrepublik folgendes mit:

„Der Vorschlag, den Sie vor einigen Tagen gehört haben, war ein Vorschlag der Herren Hoffmann, Kleesoot und Wagner von der sozialdemokratischen Partei. Diese Herren haben mir heute vor fünf Minuten einen Besuch abgestattet und erklärt, daß sie ihrem Beschluß nicht mehr folgen werden. Die Tatsache, die am letzten Mittwoch vorkam, erfüllt heute für die Herren der sozialdemokratischen Partei nicht mehr. Ich frage, ob Herren da sind, die mir einen Vorschlag oder eine Entschlüsselung zu machen haben zur Bildung einer provisorischen Regierung. (Lautlose Stille.) Ich erkläre hiermit feierlich, daß ich persönlich nichts unternehmen werde, was gegen den Verfallener Vertrag verstößt, und daß ich seit fünf Jahren den Standpunkt vertreten habe, mich in die Politik nicht einzumischen.“

General de Metz hat sein Ziel in der Versammlung vom Freitag nachmittag nun doch nicht ganz erreicht. Nachdem ihn seine unglückseligen Helfershelfer selber im Stich gelassen haben, die Herren Hoffmann, Kleesoot und Wagner, traute er sich doch noch, die Dinge mit Gewalt weiter zu treiben. Er fährt zu r fort, mit den alten Hoffmannschen Argumenten vom bayerischen Verfassungsbruch Stimmung zu machen, wohl in der Hoffnung, damit noch eine Wendung herbeizuführen. Aber das versagt; nun schon nicht mehr, nachdem auch die anfänglichen Nachbeter des Gedankens unter der Pfälzer Genossen gesehen haben, welcher Mißbrauch damit von den Franzosen getrieben wurde. Auch mit wirtschaftspolitischen Erwägungen lassen sich die Pfälzer nicht fangen, auch nicht wenn die Papiermark als „Falschgeld“ abgetan wird. Mit der Pfalz bleibt es also anscheinend — dermal unberufen — beim alten. So lange der Wille der Pfälzer noch in Betracht gezogen wird, hat es keine Not.

Abhebung der sächsischen Regierung.

Das Eingreifen der Reichswehr in Sachsen hat leider nur für kurze Zeit gefruchtet. Das Kabinett Zeigner, auf des die Energie der Reichsregierung offenbar vorübergehend einen starken Eindruck gemacht hatte, hatte inzwischen seine alte Unversöhnlichkeit wiedergefunden. Vor allem die kommunistischen Minister leisteten Erschütterliches und ließen sich auch durch Warnungen aus Berlin davon nicht abbringen. So wurde ein Flugblatt herausgegeben, das zur Gewalt gegen die Reichsregierung und gegen den General Müller aufforderte. Die kommunistische Partei stellte darin fest, daß sie auf die Reichsregierung pfeife und forderte ihre Anhänger auf, für jede aufgelöste Hundertschaft unzählige neue zu mobilisieren. Dieses Flugblatt trug die Unterschrift auch der Landtagsfraktion und der kommunistischen Minister, die Abgeordnete sind! Eine solche Verhöhnung

kannte sich die Reichsregierung nicht gefallen lassen. Die nächste Maßregel, die Minister zu verhaften, verbot sich, weil die Herren durch ihre Immunität als Abgeordnete geschützt sind und sie nicht auf jeischer Tat erlappet wurden. Die Reichsregierung hat deshalb zu einem anderen Mittel gegriffen. Sie hat an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner einen Brief gerichtet, worin sie von ihm verlangte, daß er die sächsische Regierung auflöse und eine neue verfassungsmäßige Regierung in Sachsen bilde. Die Zeit, die sie Dr. Zeigner dafür ließ, war bis Sonntag abend befristet. Es darf nach darauf hingewiesen werden, daß dieser Kabinettsbeschluß einstimmig gefaßt wurde, daß also auch die sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett ihm zugestimmt haben.

Am späten Sonntag abend kam nun von Dresden die Antwort. Sie enthielt eine Ablehnung. Die sächsische Regierung lehnte das Ansinnen des Reichskanzlers entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liege nicht vor und rechtlich sei das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag sei berechtigt, die Regierung Sachsens aufzulösen. Solange das nicht geschehe, werde die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie werde aber alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen. Wie diese Entscheidung ausgefallen wäre, das kann zweifelhaft erscheinen. Denn die sächsische Sozialdemokratie befindet sich in offenkundiger Spaltung. Allein die Reichsregierung ließ sich auf den ausweichenden Schritt Dr. Zeigners nicht ein, sondern gab alsbald bekannt, daß der Reichspräsident den Reichskanzler ermächtigt habe, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler werde auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen. Seine Aufgabe würde wohl darin bestehen, den sächsischen Landtag mit seiner sozialdemokratisch-kommunistischen Vierstimmmehrheit auszulösen und Neuwahlen zu veranstalten. Die sog. dem. Reichsminister Robert Schmidt und Knab, sowie der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Gradnauer, die in Dresden eingetroffen sind, haben im Landesvorstand der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen. Die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie selbst sei dabei zum erstenmal offen zum Ausdruck gekommen.

Die Reichsregierung, die in dieser Sache nach vieler Geduld und Nachsicht mit bemerkenswerter Tatkraft vorgeht, stützt sich dabei auf Art. 48 der Reichsverfassung, dessen erster Satz bestimmt, daß, wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten kann. Auch der zweite Satz des Artikels greift noch Platz, der dem Reichspräsidenten das Recht zuspricht, wenn im Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einzuschreiten. Die vollziehende Gewalt ruht seit der Verhängung des Belagerungszustandes somieso schon in der Hand des Militärbefehlshabers, das Mandat des Reichskommissars ließe diesem zur Seite.

Neuordnung in Sachsen. — Eine sozialdemokratische Regierung.

Die Dinge wickeln sich in Sachsen rasch ab. Nach einigen staatsrechtlichen Bedenken hat man sich entschlossen, den Landtag zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten — aber auch zur dieser — sofort zusammentreten zu lassen, und so hat Sachsen bereits wieder einen Ministerpräsidenten. Ein Sozialdemokrat ist es wieder, aber immerhin kein Dr. Zeigner. Der Gewählte Alb. Alfred Telschig, hat dem gemäßigten Kabinett Buch als Wirtschaftsminister angehört, ist ein Mann von bald 40 Jahren und bietet wenigstens nach der persönlichen Seite kein Hindernis einer Bestätigung. Zur Bildung eines neuen Ministeriums sind ihm 8 Tage Zeit gelassen, da der Landtag bis 6. November vertagt ist. Wenn man nach den Abstimmungszahlen schließen darf, wird sich die neue sächsische Regierung auf rein sozialdemokratischer Grundlage bilden. Die Kommunisten treten zur Opposition über, die aber zunächst machtlos ist, solange die Demokratie und die Deutsche Volkspartei dem Kabinett eine mehr oder weniger wohlwollende Neutralität widerfahren lassen. Das Stimmverhältnis der Fraktionen ist folgendes: Sozialdemokraten 40, Deutschnationale 19, Deutsche Volkspartei 19, Demokraten 8, Kommunisten 10. Zu dem Gewaltmittel einer Auflösung des Landtags hat der Reichskommissar, wohl in berechtigter Sorge über den Ausgang einer Neuwahl nicht gegriffen.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

26) Handdruck verboten.

„Ganz recht, aber ich kanns nicht lesen. Der Zahn der Zeit hat unbarmherzig an dem Blatte genagt. Vielleicht enthält auch der Klebstoff des mündlichen Buchbinders irgend eine Säure, die der Tinte des althochdeutschen Schreibers gefährlich geworden ist.“

„Natürlich! Furchtbar einfach, wir photographieren das Blatt, nachdem wir es einigermaßen chemisch behandelt haben, und Sie sollen sehen, der feinste Strich des alten Schreibers kommt wieder zutage.“

„So hatte der Direktor also recht, daß Sie in dieser Richtung Rat wüßten.“

„Nichts leichter als das. Geben Sie mir das Blatt her, und ehe eine Stunde vergeht, sollen Sie eine prächtige photographische Kopie haben, und bis morgen oder übermorgen stelle ich Ihnen auch das Original in leserlichem Zustande wieder zu. Aber Sie müssen mich entschuldigen, nur einen Moment, ich muß hier erst einen kleinen Hilfswinkel ausrechnen, damit ich meine Arbeit zum Abschluß bringe.“

„Mag nahm ein paar Zeitungen vom Tisch und begann zu lesen, indes Dunker an seinen Schreibtisch zurückkehrte und bald wieder in seine Arbeit vertieft war.“

Die Minuten verstrichen, eine Viertelstunde ging hin, eine halbe Stunde, Dunker regte sich nicht. Er rechnete und zeichnete und hatte wahrscheinlich seinen Gast und die althochdeutsche Handschrift längst vergessen. Mag wurde allmählich ungeduldig. Noch eine Viertelstunde, sagte er sich, will ich warten, dann aber gehe ich meine Wege. Aber auch die Viertelstunde verging, und Dunker rührte sich nicht von seinem Platz. Da stand der junge Gelehrte auf, trat an den Schreibtisch und sagte mit liebenswürdigem Ironie:

„Herr Professor, wenn Sie vielleicht einen Moment Zeit haben, möchte ich mich verabschieden.“

Dunker stand auf, sah ihn einen Augenblick mit höchstem

Erstaunen an, dann dämmerte ihm die Erinnerung. Er forang auf, legte ihm beide Hände auf die Schultern und lächelte laut.

„Nehmen Sie mirs nicht übel, lieber Kollege, aber Sie wissen, der Archimedes hatte in seiner Todesstunde keinen andern Gedanken, als seine Mathematik. Nehmen Sie mirs nicht übel, es war wirklich nicht böse gemeint. Aber noch ist es hell genug. Sehen Sie, es war eine so wirre unlösbare Formel, und jetzt habe ich den komplizierten Ausdruck in eine Winkel-tangente gebracht. Ich will ihn nur noch ausrechnen.“

„Nein, nein, wenn Sie den Winkel erst ausrechnen, dauerts noch dreiviertel Stunden.“

„Ja, ja, Sie haben recht, wir sind unverbesserlich. Die Mathematik... nun, ich will nichts über sie sagen, aber der Drang nach dem Resultat, nach der absoluten Gewißheit ist so intensiv, daß man wirklich alles um sich her vergißt.“

„Darum wenn Sie schon die Güte haben wollen, mir behilflich zu sein, dann lassen Sie Ihre Tangente ruhig liegen und wenden sich meinem Pergament zu.“

„Ganz recht, geben Sie mir das Ding her.“

Dunker betrachtete das Blatt, das noch deutlich seinen Charaktere als Buchenband hatte, mit prüfenden Blicken, ging dann an einen mächtigen Eschkränke und entnahm ihm ein paar Flaschen und Fläschchen, mit deren Flüssigkeiten er die Schriftzüge abwechselnd vorsichtig betupfte.

„So,“ sagte er nach einer Weile, nachdem er das Blatt mit einem Fächer trocken geschöpft hatte, „nun wollen wir in den Garten gehen und auf einer recht hellen Stelle eine Aufnahme machen.“

Sie belasteten sich beide mit Dunkers Apparat und fanden an einer hellen, von der Sonne beleuchteten Wand den geeigneten Platz zum Photographieren. Dunker heftete die Handschrift auf ein Brett, baute den Apparat davor in geeigneter Entfernung auf und rief lustig dem Pergament zu, ehe er den Deckel von der Linse entfernte:

„Nun bitte recht freundlich.“

Nachdem die Aufnahme vollendet war, packte er seine sieben Sachen wieder zusammen und winkte dem Kollegen, ihm zu folgen. In einer kleinen Hofdarcke hatte er sich ein Laboratorium und eine Dunkelkammer eingerichtet. Dorthin nun geleitete er Mag.

Tiefes Dunkel herrschte in dem engen Raum, Dunker ging geschäftig hin und her, klapperte mit allen möglichen Flaschen und zündete schließlich eine rote Laterne an, in deren Licht er die Blatte betrachtete.

„Natürlich alles wohl gelungen.“

Mag trat hinzu und sah auf dunklem Hintergrund durchsichtige Schriftzeichen.

„Nun werde ich die Blatte noch fixieren, und dann mache ich Ihnen gleich einen Abdruck.“

Als Mag eine Stunde später den Mathematiker verließ, trug er, sauber auf weißem Karton geklebt, eine vortreffliche Photographie des Gebetbuchsdeckels in der Tasche. Wort für Wort der scheinbar verschwundenen Schrift war zu lesen, und es hatte sich in der Tat um ein althochdeutsches Gedicht, wahrscheinlich ein Bruchstück des Hildebrandsliedes. Bekannt waren die Verse jedenfalls nicht, das hatte der gewiegte Kenner sofort gesehen, denn die geringen Reste der althochdeutschen Literatur waren ihm vollkommen geläufig. Der Fund hatte also ohne Zweifel große Bedeutung und das Original der Handschrift unschätzbaren Wert.

Mag brante darauf, den Inhalt kennen zu lernen, und machte sich, zu Hause angekommen, sofort an die Arbeit. Dennoch aber dauerte es bis tief in die Nacht, ehe er über den eigentlichen Gegenstand der Sache informiert war.

Offenbar hatte er den Schluß des Hildebrandsliedes gefunden, und als er an anderen Tage seinem Direktor und Rüdiger diese Mitteilung machte, wurde beschlossen, die Ausgrabung weiter fortzusetzen; denn wenn es sich tatsächlich um das Bruchstück handelte, war es ein Begräbnisplatz des Hildebrandsliedes, und wenn jedem der verstorbenen Mönche sein Gebetbuch beigegeben war, so konnte man mit Sicherheit auf weitere wertvolle literarische Schätze rechnen.

„Selbstverständlich,“ sagte der Direktor, „müssen Sie an den Ausgrabungen teilnehmen. Während der Pfingstferien ist die beste Zeit, so viel Gräber als möglich aufzudecken.“

(Fortsetzung in der Beilage.)

Gefährliche Unterscheidung.

Man gerät in Bayern in Harnisch wenn man seine Ablehnung gegen die Reichsverfassung mit der nun abgehalfterten sächsischen Volksherrschaft vergleicht. Und es ist ja auch ein Unterschied im Werte der zu Grunde liegenden Gesinnung. Schließlich handelt es sich aber eben doch an beiden Punkten, dem bayerischen wie dem sächsischen um Wahrung der Reichsautorität, und Bayern kann es nicht verhindern, daß Vergleiche gezogen werden, die ihm ungünstig sind. Der bayerische Vorstoß gegen das Reich fiel außenpolitisch in eine denkbar unglückliche Stunde, so unglücklich, daß ein Blick darauf allein schon Herrn v. Kahr und seine Umgebung zur äußersten Zurückhaltung und Behutsamkeit im Durchsetzen seiner bayerischen Hochgedanken hätte bestimmen müssen. Aber es zeigt sich, daß dieser Vorstoß auch innenpolitisch in einen Wiedersinn verwickelt. Es mußte bayerischer Wunsch vor allem sein, daß das Reich der sächsischen Volksherrschaft und dem Treiben des unmöglichen Herrn Dr. Zeigner ein Ziel setze. Und ausgerechnet dieses selbe Bayern legt gerade jetzt die Arme der Reichsregierung lahm, indem es selbst Handel vom Zaune bricht, auf die von der anderen Seite höhnisch verwiesen werden kann, wenn die Strenge der Reichs- exekution gegen sie aufmarschiert. Bayern — oder richtiger: Herr v. Kahr lehnt den Verkehr mit der Regierung Stresemann ab, weil sie sich mit Marxisten bemenge, und er hindert gleichzeitig die Regierung Stresemann am Kampf gegen den aus Rand und Land geratenen linken Flügel des Marxismus in Sachsen weil er selbst die verfassungsrechtlichen Bahnen verläßt, auf denen jener Kampf gegen den kommunistischen Flügel allein geführt werden kann. Die Regierung Stresemann hat jetzt den Feldzug gegen Dr. Zeigner und seine Richtung aufnehmen müssen, indem sie sich zugleich mit einer groben Inkonssequenz behud, aus der ihr nunmehr die allergrößten Schwierigkeiten erwachsen. Wenn der Feldzug zur Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen mit einem Mißerfolg endigt, so mag sich Herr v. Kahr die Schuld daran zu Lasten buchen. Er läuft in der Schlußlinie herum und erhebt den Anspruch, nicht getroffen zu werden.

Aber vielleicht rechnet Herr v. Kahr gerade mit diesen Unmöglichkeiten der von ihm geschaffenen Lage, die im Kabinett Stresemann als Sprengpulver wirken muß. Dieses Kabinett zu beseligen ist ja mit einer der Triebkräfte seines Vorgehens. Liegt hier ein bewußtes Streben des Herrn v. Kahr nach einem bestimmten Ziel vor, dann ist es nicht ohne Erfolgsaussichten angelegt, denn schon rebellieren die Genossen im Regierungskollegium des Kanzlers Stresemann. Nur daß eben auch Herr v. Kahr nicht wissen wird, was werden soll, wenn er Erfolg hat! Und ein solches Spiel in gegenwärtiger Stunde zu treiben ist keineswegs der Gipfel eines besonders hoch entwickelten deutschen Patriotismus.

Bayern soll die verfassungsmäßige Befehlsgewalt wiederherstellen.

Berlin, 28. Okt. In Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entscheidung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wiederherzustellen.

Kahr und Löffow werden nicht gepfert.

München, 30. Okt. Der heutige Ministerrat hat sich zunächst informativ mit der Berliner Note beschäftigt. Die Staatsregierung gedenkt vor weiteren Entschlüssen sich auch noch mit den Führern der Koalitionsparteien zu beraten. Wenn auch die Berichte über die Verhandlungen der Tagung der Bayerischen Volkspartei scheinbar die Einheitsfront Knilling-Kahr herstellen, so darf doch nicht verkannt werden, daß innerhalb der Partei eine gewisse Verstimmung gegen Herrn v. Kahr zu verzeichnen ist, die allerdings nicht so weit geht, daß es zu einem Konflikt käme. Die Entschlüsselungen der Partei erwähnen namentlich die von Herrn von Kahr beliebte Brückierung der Reichsregierung mit keinem Wort, vermeiden es also, dazu Stellung zu nehmen, was nicht mit der Zustimmung identisch ist. Doch dürfte es angezeigt sein, in Berlin nicht allzu große Hoffnungen auf diesen Zwischenfall zu setzen, da man hier wohl erkennt, daß Kahr und Löffow große Fehler gemacht haben, aber keinesfalls so weit gehen würde, diese beiden zu opfern, und das umsonst, als Kahrs Stellung nicht etwa schwächer erscheint, als die des Staatsministeriums.

Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 31. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fasste heute abend folgenden Beschluss: Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- 1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Machthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe in Sachsen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehrhilfe ist nur auf Anforderung des Inhabers der Zwangsverwaltung heranzuziehen.

Außerdem beschloß die Fraktion, daß der Fraktionsvorsitz bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die wertbeständige Währung und Maßnahmen gegen den vom Landboten propagierten und von den Landwirten geleiteten Lieferungsstreik zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

Die Bedingungen, die die Sozialdemokraten gestellt haben, können zur Folge haben, daß die große Koalition auseinanderfällt. Es ist aber nicht durchaus notwendig, daß damit das Kabinett Stresemann, mit dessen Arbeit man durchaus zufrieden sein darf, und dessen Aufgaben noch keineswegs vollständig erfüllt sind, in der Versenkung verschwindet...

Die Rabinetttskrise.

Heute Mittag Kabinettssitzung.

Berlin, 2. Nov. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der Forderungen der Sozialdemokratie durch das Reichskabinett ist gestern noch nicht erfolgt. Nach einer Kabinettssitzung am Krankentische des Reichskanzlers in der den Blättern zufolge, die Verhandlungen zur Beratung standen, die von Hugo Stinnes und verschiedenen anderen Vertretern des Bergbauvereins mit den Franzosen und Belgiern über die Reparationslieferungen geführt worden sind...

Der 'Vorwärts' hält die Aussichten für ein Verbleiben der Sozialdemokraten im Reichskabinett nicht für sehr hoffnungsvoll. Das Blatt schreibt, allem Anschein nach treiben die Dinge zum Bruch. Jenseits der Sozialdemokraten scheinen zwei Strömungen zu bestehen. Die eine sieht in den sozialdemokratischen Forderungen ein Ultimatum, dem man sich nicht fügen könne...

General Reinhard über den Konflikt mit Bayern.

Stuttgart, 29. Okt. General Reinhard, der Kommandeur des 7. Wehrkreises, nimmt in einem 'Föderalismus und Reichswehr' betitelten Artikel im Schwäb. Merk. Stellung zum bayerischen Konflikt. Er stellt zunächst fest, daß nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches es nur einen Ausweg zu nehmen gab, auf dem Verfassungswege ein einheitliches Reichsheer zu schaffen...

Die bayerischen Schritte können weittragende Folgen haben und sind daher nicht nur mit Stimmungswerten zu messen, sondern auch mit kühlem Verstande zu prüfen. Der weitere bayerische Weg nimmt die Richtung auf die Wiederherstellung der alten bayerischen Militärhoheit. Viele Stimmen in Bayern deuten dies schon offen an. Landläufig und oberflächlich wird dabei gefragt: Warum soll, was früher ging, nicht wieder gehen? Dabei wird vergessen, daß die früheren Voraussetzungen vollkommen fehlen.

heer heute die unbestritten gesicherte Oberleitung, nachdem eine verfassungsmäßige preußische Oberleitung nicht mehr besteht, oder wie soll sich eine Reichswehrleitung durchsetzen, wenn sie etwa nur aus einem Führer mit Stab und Ministerium besteht, dessen fortlaufende und durchgreifende Einwirkung auf die einzelnen Armeen oder Verbände der Länder eine beschränkte durch unzählige Rücksichten gehemmte sein würde? Nichts kann ein bayerisches Streben nach militärischer Selbständigkeit im Reichstahnen schneller als verfehlt erkennen lassen als die Vorstellung, Preußen verlange dieselbe gleiche Selbständigkeit gegenüber dem Reich oder Sachsen, Thüringen usw. wollten ihren Wehrmachtanteil in landsmannschaftlicher Selbständigkeit aufheben...

Reichsminister Soltmann über die Lage.

Köln, 30. Okt. Der Reichsminister des Innern, Soltmann, hat der 'Soz. dem. Rheinischen Zeitung' einen Artikel zur Verfügung gestellt, in dem es u. a. heißt: Seit Samstag ist die 'Inverdeutschte Krise, die sich seit Monaten hinschleppt, in einen entscheidenden Abschnitt eingetreten. Sowohl in Bayern wie in Sachsen sind die Verhältnisse unerträglich geworden. In beiden Ländern sind Strömungen mächtig, die einen Konflikt mit dem Reich nicht aus dem Wege gehen wollen. Obwohl die sozialistischen Reichsminister natürlich genau wissen, daß alle überzeugten Republikaner die schmer bewaffnete Reaktion in Bayern für die weit gefährlichere halten als die schwadronieren Komunisten in Sachsen, und obwohl des Reiches Ohnmacht gegen München penlich in Erscheinung tritt, haben die sozialistischen Reichsminister eine entschiedene Klärung der politischen Zustände in Sachsen wie in Bayern verlangt...

Einführung des wertbeständigen Lohnes.

Berlin, 27. Okt. Der Reichsarbeitsminister ist der Ansicht, daß die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel auf der Arbeiter und Angestellten zugute kommen muß. Mit dem Erscheinen der wertbeständigen Zahlungsmittel im Verkehr müssen selbstverständlich auch Löhne und Gehälter auf die neuen Zahlungsmittel umgestellt werden. Die Umstellung wird mit einem Teile der Löhne begonnen und entsprechend der Zunahme der wertbeständigen Zahlungsmittel möglichst schnell auf die ganzen Löhne erstreckt werden müssen. Zur Rücksprache über die für die Umstellung notwendigen Schritte hatte der Reichsarbeitsminister die Spitzen der Gewerkschaften auf Mittwoch, den 31. Oktober eingeladen.

Gleichzeitig sollen im Laufe des heutigen Tages sämtliche Großbanken mit Goldanleihestücken versorgt werden, so daß am Samstag die Ausgabe an das Publikum vorgenommen werden kann. Der Betrag der morgen zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel erreicht die Höhe von 100 000 000 Dollars, nach dem heutigen Dollarkurs 65 Milliarden Papiergeld. Damit das breite Publikum sich möglichst rasch tatsächlich in den Besitz des wertbeständigen Geldes setzen kann, werden in erster Linie die kleinen und kleinsten Stücke ausgegeben werden und zwar Stücke zu 1, einhalb, einviertel und einzehntel Dollars.

Der Uebergangstermin. - Festsetzung der Lohnhöhe.

Berlin, 1. Nov. Im Reichsarbeitsministerium wurde am 31. Oktober die Frage des Ueberganges zur Berechnung des Lohnes in Goldmark mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingehend durchgesprochen. Es ergab sich in einer Reihe von Fragen eine Uebereinstimmung oder beiderseitigen Auffassungen, wenn es auch nicht gelang, eine volle Einigung zu erzielen. Eine Fortsetzung der Besprechungen ist in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister selbst ist der Ansicht, daß an der Frage der Umstellung der Löhne in Gold, die für das Gelingen der Währungsreform von größter Bedeutung ist, von allen Beteiligten mit äußerster Sorgfalt und Eile heranzutreten werden muß. Wenngleich nicht mehr bestritten werden kann, daß auch auf dem Gebiete der Lohnberechnung ein Uebergang zur Goldberechnung grundsätzlich beabsichtigt ist, so muß doch der Zeitpunkt der Einführung unter Berücksichtigung der besonderen Lage der einzelnen Industrie- und Gewerbebezirke vorsichtig gewählt werden. Die Höhe der Geldlöhne kann nicht durch Umrechnung der derzeitigen Papiermarklöhne nach dem Zufallskurs ermittelt werden, sie ist vielmehr unter genauer Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse im Einzelfalle sorgfältig zu prüfen. Bei dem derzeitigen Stande der Gütermenge und Güterzeugung werden die Geldlöhne nicht erreicht werden können. Mit der Verzerrung anderer Wirtschaft auf die sich das gesamte Volk einstellen muß, werden auch die Arbeiter rechnen müssen. Einen wertvollen Anhalt bei der Bestimmung der Lohnhöhe werden zentrale Vereinbarungen der großen Berufsgruppen geben, die aber selbstverständlich nicht schematisch angewandt werden dürfen. Daß die Auszahlung der Löhne in wertbeständigen Zahlungsmitteln zur nach und nach und zwar gemessen an der Zunahme dieser Zahlungsmittel im Verkehr erfolgen kann, darauf wies der Reichsarbeitsminister schon früher hin.

Verminderung des Beamtenapparates.

Berlin, 30. Okt. Die Reichsregierung hat sich kürzlich mit der Frage des Abbaus des Beamtenapparates beschäftigt

und die diesbezügliche Verordnung verabschiedet. Der Kernpunkt der Verordnung ist die Einführung der Altersgrenze. Ein besonderes Kapitel der neuen Verordnung bildet die verheiratete weibliche Beamtin. Diesen kann vierwöchentlich, d. h. von einem Ersten zum anderen, gekündigt werden, auch wenn sie lebenslanglich angestellt sind. Diese Maßnahme schien dem Reichsfinanzministerium notwendig, weil sich die verheiratete außerdem mit den verheirateten weiblichen Beamtinnen diejenige weibliche Beamtin als sehr teure Kraft erwiesen hat. Man hat bei schlechtesten Erfahrungen gemacht. Während der Durchführung der Verordnung dürfen weder Neuaufstellungen noch Beförderungen erfolgen. Die Vorschriften der Abbauregung gelten nicht nur für die Reichsverwaltung sondern auch für die Länder, Gemeinden und die Gemeindeverbände, sowie die Reichsbahn und den Reichstag. Bei der Entlassung der Beamten werden die Familienverhältnisse berücksichtigt. Darüber hinaus entscheidet aber naturgemäß der Wert der Leistung. Die Ausführungsbestimmungen der neuen Verordnung der Reichsregierung werden gegennützig ausgearbeitet. Die Dinge werden nun wahrscheinlich so laufen, daß zuerst die Freiwilligen ausscheiden und ihnen dann die über 65 Jahre alten Beamten folgen. Erst wenn dann die 25 Prozent der Beamten, um die der Apparat vermindert werden soll, nicht ausgeschieden sind, werden zwangsweise Entlassungen in Frage kommen.

407,8 Milliarden.

Berlin, 29. Okt. Die schwebende Schuld des Reiches hat in der Zeit vom 11. bis 20. Oktober um 318,7 Milliarden Mark (eine Billion gleich 1000 Milliarden) zugenommen und damit die Höhe von 407,8 Milliarden Mark erreicht. Von den Gesamtausgaben, die in der Berichtsdekade 324,1 Milliarden Mark erforderten, wurde durch direkte Einnahmen (Steuern, Zölle und Gebühren) ungefähr der 130. Teil gedeckt, also etwa drei Viertel Prozent.

Der Notendruckerstreik verboten.

Berlin, 27. Okt. Von der Vertreterversammlung des graphischen Gewerbes wurde mit sehr geringer Mehrheit der Streik des graphischen Gewerbes beschlossen. Vom Befehlshaber im Wehrkreise 3 ist im Einverständnis mit dem Regierungskommissar eines Beteiligtes ein Verbot der Aufforderung zur Arbeits Einstellung in lebenswichtigen Betrieben ergangen. Als lebenswichtiger Betrieb im Sinne dieser Verordnung sind auch sämtliche Notendruckerereien anzusehen.

Bonar Law †.

London, 30. Okt. Der frühere britische Premierminister Bonar Law ist gestorben. Er litt seit einiger Zeit an septischer Lungenentzündung.

Bonar Law war der Abstammung nach ein Schotte. Erst mit 40 Jahren trat er in das politische Leben ein und wurde 1900 in das Unterhaus gewählt. Er gehörte zur Partei der Konserativen, bei denen er durch seine Reden während der Tarifkämpfe bald zu hohem Ansehen stieg. Im Jahre 1909 wurde er nach dem Rücktritt Balfours Führer der Konserativen Partei. Damit hatte er eine gewisse Anwartschaft auf den Posten als Premierminister. Am Sturz Asquiths hat Bonar Law einen hervorragenden Anteil. Lloyd George wurde Asquiths Nachfolger und Bonar Law trat als Schatzkanzler in die Koalitionsregierung ein. Nach dem Sturz Lloyd Georges wurde Bonar Law Premierminister, aber er war eigentlich schon damals ein kranker Mann und auf der politischen Bühne ein halber Held. Die Aera Bonar Law bedeutete für Deutschland kein Glück. So werden nach seinem Hinscheiden bei uns für diesen englischen Staatsmann wenig Tränen fließen.

Niederwerfung der revolutionären Bewegungen in Griechenland.

Die griechische Gesandtschaft teilt über die Entwicklung der Ereignisse in Griechenland mit: Im ganzen Lande herrscht volle Ruhe. Der Regierung werden zahlreiche Telegramme zugehrt, in denen die Ergebenheit des Volkes zum Ausdruck gebracht wird. In Athen fand eine riesengroße Kundgebung gegen die Umtriebe der Aufständischen statt. Die Operationen im Peloponnes sind bereits im Gang. Die Kräfte der Aufständischen belaufen sich auf etwa 1000 Mann. Metaras befindet sich in Korinth zwischen den Aufständischen. Der Oberst Platras brandmarkt in einer Ansprache, die er an das Athener Volk hielt, die revolutionären Umtriebe. Er fügte hinzu, daß die Aufständischen keine Veranlassung dazu hätten, umso mehr als die Wahlen bereits festgesetzt worden wären.

Baden.

Die Ausgabe der Badenmark.

Die Badenmark, das wertbeständige Geld des Landes Baden, ist dem Verkehr übergeben worden, sodas einzelne Karlsruher Betriebe dadurch in der Lage waren, das Gehalt ihrer Angestellten bereits wertbeständig auszubezahlen. Die Badenmark ist ein Papierchein in der Größe des bisherigen 500 Millionencheines auf weißem Papier mit blauem Grundton und trägt die Inschrift: 'Goldschaganweisung des Landes Baden über 4 Mark 20 Pfg. Gold = 1 Dollar (Nordamerika)'. Das Land Baden zahlt am 2. Mai 1927 an den Inhaber dieser Schaganweisung deren Nennwert von 4,20 Mark Gold nebst Zinsen zusammen 4,90 Mark Gold nach den umstehenden Bedingungen zurück. Karlsruhe, 23. Okt. 1923. Badische Staatsschuldenverwaltung. Die Rückseite enthält die Bestimmungen über die Rückzahlungen.

Der Besuch des Freiburger Erzbischofs beim Papst.

Ueber den Aufenthalt des Erzbischofs Dr. Frig in Rom wird dem 'Bad. Beobachter' von dort berichtet, daß der Freiburger Erzbischof im deutschen Campo Santo Wohnung genommen hat und er am letzten Sonntag vom Papste in Audienz empfangen wurde, die fast eine Stunde dauerte. Die Unterhaltung mit dem Papst wurde in der deutschen Sprache geführt, in der Pius XI. sich geläufig ausdrücken ließ. Erzbischof Dr. Frig benützte das wohlwollende Interesse des Papstes dazu, um ihn über die Erzdiözese Freiburg und über die gegenwärtigen traurigen Verhältnisse Deutschlands, besonders über die Leiden, welche Klerus und Volk durchzumachen haben, eingehend zu unterrichten. Der Papst, der über die Lage Deutschlands gut unterrichtet war, zeigte größtes Mitleid mit den Bedrängnissen des deutschen Volkes und versprach wiederholt, in seinem Gebet der Noleidenden zu gedenken und alles zu tun, was in seiner Macht stände, um die Leiden zu lindern. Nach der Audienz wurde Erzbischof Dr. Frig auch von Kardinal-Staatssekretär Casparri empfangen, der ebenfalls die Versicherung gab, alles zu tun, um die Leiden der deutschen Bevölkerung weniger drückend zu machen.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, 1. Nov. (Allerheiligen-Allerseelen.) Das Sterben in der Natur nimmt immer weiteren Umfang an. Wiesen und Felder sind kahl, die Laubbäume sind zum größten Teil ihrer Blätter beraubt...

Sinsheim, 1. Nov. (Geldnot.) Die große Geldknappheit, die infolge der Markverschlechterung eingetreten ist und die Unmöglichkeit, von den Banken die nötigen Zahlungsmittel zu erhalten...

Sinsheim, 1. Nov. (Theater.) Am Mittwoch gelangte im Löwen hier von Mitgliedern des bad. Volkstheater-Theaters in Mannheim ein dreiaktiges Schauspiel „Der Strom“ von Max Halbe zur Aufführung...

Sinsheim, 1. Novbr. (Neue Erhöhungen.) Am Donnerstag ist der neue Posttarif in Gültigkeit getreten, aber heute gibt die Post auch schon die neuen Gebühren bekannt...

Sinsheim, 31. Okt. (Einschränkung der Polizeistunde.) Der kommandierende General des 5. Wehrkreises, zu dem auch Baden gehört, hat an die in seinen Wehrkreisen fallenden Regierungen ein Schreiben gerichtet...

Steinsfurt, 30. Okt. (Orgelbau.) Aus London wird uns geschrieben: Wieder hat der bekannte Orgelbaumeister Ph. Ziegler aus Steinsfurt eine Orgel nach London geschickt...

Die einzelnen Stimmen der Register sind in charakteristischer Weise intoniert und jede Stimme paßt sich der andern sehr schön an. Die Orgel registriert Dulcinea und Aeolina fesseln besonders die Andacht der Zuhörer.

Rappena, 29. Okt. (Verschiedenes.) Infolge der trüben wirtschaftlichen Verhältnisse wurde an Schulen ohne Ausnahme das Winterturnen eingestellt.

Oberimpert, 29. Okt. Bei dem gestrigen 2. Wahlgang wurde Herr Alois Gabel, Landwirt, Sohn des früheren Bürgermeisters Gabel, zum Bürgermeister gewählt.

Epfenbach, 28. Okt. (Diebstahl.) Dem hiesigen Köhlerwirt Reinhardt wurden dieser Tage gestohlen: 20 Liter Branntwein, ca. 50 Eier, andere Lebensmittel sowie Kleefasern.

Agastertshausen, 30. Okt. (Kurzarbeit.) Das Ziegelwerk wird am 1. 11. nicht schließen, sondern durch Kurzarbeit über die schwere Zeit wegzukommen suchen, ohne die Arbeiter entlassen zu müssen.

Spechbach, 29. Okt. (Zerbrechen der Zeit.) Aus Furcht vor ungebetenem Besuch wurde hier eine Nachtwache in Stärke von 6 Mann eingerichtet, die seit Samstag ihren Dienst versieht.

Unterschwarzach, 30. Okt. (Verschiedenes.) Hier verstarb der Landwirt Hack als einer der letzten Krieger des Krieges von 1870-71. Während in einem Haus ein Todesfall sich ereignete und die Leute nicht auf ihr Feld konnten wurden auf einem Acker ca. 10 Sack Kartoffeln ausgemacht.

Schönbrunn, 29. Okt. (Diebstahl.) Dem Gemeindevorsteher Zimmermann wurde ein fettes Schwein gestohlen.

Eppingen, 29. Okt. (Schafweide.) Die gestern in der landw. Winterschule abgehaltene Landbünderversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, nach der die Einführung einer Schafweide auf Gemarkung Eppingen von den Vertretern im Gemeinderat bzw. Bürgerausschuß abgelehnt werden soll.

Wiesloch, 30. Okt. (Notgeld.) Infolge der großen Geldknappheit hat sich die Stadt zur Ausgabe einer Serie 10-Milliardenmark Scheine entschlossen.

Leimen, 30. Okt. (Stilllegung des Zementwerks.) Das Werk Leimen der Heidelberger Portland-Zementwerke A.-G. liegt seit heute still. Diese Maßnahme war den Arbeitern des Werkes schon vor etwa vier Wochen in Aussicht gestellt worden.

Mannheim, 30. Okt. (Folgeschwere Schießerei.) Gestern kam es in Leutershausen zu einer folgenschweren Schießerei. Verschiedene Waldhoser Burshen, die mit ihren Rädern herbeigekommen waren, bedrohten in angetrunkenem Zustande die Gäste im Gasthaus „zum Hirschen“ mit Lohschüssen.

Mannheim, 31. Okt. (Explosion.) Vergangene Nacht explodierte in der Chemischen Fabrik Wenzl A.-G. auf dem Waldhof, vermutlich durch Verstopfen eines Destillationsrohres ein Kessel mit Karbolsäure.

untergebracht war, wurde durchschlagen und entzündet. Das Feuer konnte durch die Fabriksfeuerwehr gelöscht werden. Der Schaden ist bedeutend.

Pforzheim, 30. Okt. (Verschiedenes.) In den letzten Tagen kam es hier verschiedentlich zu erheblichen Bedrohungen und Bedrohungen der Polizeibeamten durch junge Burshen. So mußte am Freitagabend die Polizeimannschaft gegen die Ruhestörer, die eine drohende Haltung annahm...

Bühl, 28. Okt. (Abg stirzt.) Das 12jährige Töchterchen des Direktors Händel stieg am Donnerstag nachmittags auf die Veranda, um die Zeit besser auf der Kirchenuhr ablesen zu können. Dabei verlor es das Gleichgewicht und stürzte über Stützwerke tief in den Hof...

Kappelwiaden (Achern), 29. Okt. (Kaufhändel.) Der 23jährige Sohn des Josef Pflichinger vom Zinken-Riegel wurde nach vorausgegangenem Streit mit einem Dolch derart schwer in den Unterleib gestochen, daß er sofort in das Krankenhaus verbracht werden mußte.

Bergshaupten (Amt Offenburg), 29. Okt. (Kommunistenrummel.) Eine Anzahl bewaffneter Kommunisten, die vermutlich aus der Gegend von Lahr kamen, bedrohten in dem Walde auf der Heiligen Reute einige Gendarmereibeamte, die sich ihnen entgegenstellten wollten...

An alle Zeitungsleser.

Der in, 25. Okt. Der geschäftsführende Ausschuß des Vereins deutscher Zeitungsverleger befaßt sich in einer Sitzung mit der Lage der deutschen Presse, die, wie er feststellte, im Begriff ist, in eine stürmische Krise zu geraten...

An unsere Leser!

Die im Laufe der letzten Woche eingetretene Geldentwertung ist so gewaltig, daß wir mit dem in letzter Nummer angekündigten Bezugspreis nicht auskommen können.

6 Milliarden Mark

vorzunehmen. Soweit in hiesiger Stadt schon Einzüge erfolgt sind, wird die Differenz nachgehoben.

Verlag des Landboten.

Dankagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer guten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Tante und Schwägerin Frau Lina Hoffmann Ww. geb. Speifer...

Schlaf- u. Speisezimmer. In gut bürgerlichen Ausführungen liefert rasch bei reeller Bedienung Moser, Möbelschreinerei, Flinsbach Station Helmstadt.

Rechnungsformulare empfiehlt G. Becker'sche Buchdruckerei. Wolfshündin entlaufen. Abzugeben gegen gute Belohnung bei Theodor Belz, Haffelbach.

BREMEN AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN. Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Reisegepäck-Versicherung. Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN.

Die ordentl. Hauptversammlung d. Gem. Baugenossenschaft Sinsheim findet statt am Samstag, 10. Nov. nachm. 6 Uhr im unt. Rathausaal. Persil ist völlig unschädlich! Es ist aus besten Rohstoffen hergestellt und enthält weder Chlor noch andere die Wäsche schädigende Bestandteile.

Interessenten zur gefälligen Kenntnis, daß wir die Fabrikation von Stahldraht-Matratzen aufgenommen haben. Jede gewünschte Größe und Menge in kürzester Zeit lieferbar. Reparaturen u. Umänderungen werden schnell und billig ausgeführt. Martini & Zepf, Mosbach Waagen- und Drahtmatratzen-Fabrik.

Wundheilung. Hornhaut, Schwielen und Wargen beseitigt schnell. Kukirol. Drogerie A. Engel.

Die Partei über Alles!

In dem wilden Wirbel der verhängnisvollen Ereignisse, wie er über unser unglückliches Vaterland hereingebrochen ist, ist alles ins Wanken geraten, dem wir Ewigkeitswert und Beständigkeit zumessen bereit waren.

Nur eins ist beständig geblieben, das, was wir am liebsten fallen gesehen hätten, da darin die eigentliche Wurzel des Übels zu suchen ist, die politische Betrachtungs- und Anschauungsweise der Masse des deutschen Volkes.

Die Erscheinung ist, wie gesagt, so alt wie die deutsche Politik selbst, soweit man darunter die Teilnahme des Volkes an der Gestaltung seines Schicksals versteht.

Wenn man in dieser dunkelsten Stunde der deutschen Geschichte betrachtet, was in dieser Hinsicht bei uns geschieht, so drängt sich die geschilderte Erscheinung womöglich in noch vergrößertem Maßstabe auf.

Und so dreht sich das deutsche Volk, das nichts gelernt und nichts vergessen hat, eifrig und leidenschaftlich wie nur je auch heute wieder im innerpolitischen Zirkeltanz.

Innenpolitische, sozialpolitische und währungspolitische Probleme stehen im Vordergrund des Interesses und sind zum Selbstzweck geworden.

Der deutschen vaterländischen Presse erwächst hier die gewaltige Aufgabe, neben der Parteipolitik die große außenpolitische Linie aufrecht zu erhalten.

Mag ging am Abend dieses Tages gegen sechs Uhr in die „drei Hasen“ zum Dämmerstopp.

„Komme, setz' dich gleich hierher.“ Der Ritter ist doch eine zu verlässliche Schraube,“ und nun stand auch Ritter auf, wandte sich nach Mag um.

„Der kann uns die Frage lösen,“ sagte er dann. „Komm setz dich neben mich.“

„Was ist denn los, was habt ihr denn?“ Auch der Direktor kicherte still in sich hinein und blickte Mag von der Seite erwartungsvoll an.

„Wieder prüfste der Rechtsanwalt vor sich hin, und Ritter schlug mit der Faust auf den Tisch, daß die feingeschliffenen Pfälzer Bierbecher klirrten.“

„Hier guck hin,“ und Mag bemerkte in der Ecke einen ganzen Korb Sekt. „Den hat der Reusch gebracht und der wird heute noch hergetrunken.“

Wie zur Illustration dieser Worte kam jetzt der Haserich, wie der Keilner in den „drei Hasen“ jeweilig genannt wurde, und brachte ein Tablett mit Sektgläsern, und hinter ihm erschien der Wirt selbst mit drei Flaschen, die in einem mächtigen Eiskühler standen.

„Auch der Wirt erhielt sein Glas und tat mit einem diskret freundlichen Lächeln seinen übermütigen Gästen Bescheid. Dann aber fragte er den Oberförster:

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

Will man eine Diktatur nur einseitig für innerpolitische Zwecke errichten, so wird sie uns nichts helfen können, im Gegenteil, sie wird nur noch Parteikämpfe in verstärkter Weise auslösen und damit das Gegenteil erreichen von dem, wozu man sie errichtet hat, Rettung des Vaterlandes!

Fremdenfeindschaft in China.

Nach neueren Nachrichten aus Missionskreisen scheint sich der Fremdenhaß da und dort wieder zu regen. So schreibt ein Lebenzeller Missionar aus Changschah: „In den letzten Jahren suchten die Studenten Chinas das öffentliche Leben zu beeinflussen durch Flugblätter, Reden, Umzüge und Bunkott.“

Berschiedenes.

Wer zuletzt lacht! Aus Krefeld wird geschrieben: Ein junger Mann raste dieser Tage auf dem Bahnhof hin und her, um einen behaglichen Platz im Zuge zu finden, der eben abgehen sollte.

Ein neuer Diebestrick. Aus Berlin wird den „L.M.“ berichtet: Mit einem besonderen Trick arbeitet eine etwa 30 bis 35jährige Frau. Sie stellt sich mit einer schweren Kiste irgendwo in der Straße an die Bordsteinkante und wartet, bis ein Rollwagen vorüberkommt.

Mag ging am Abend dieses Tages gegen sechs Uhr in die „drei Hasen“ zum Dämmerstopp.

„Komme, setz' dich gleich hierher.“ Der Ritter ist doch eine zu verlässliche Schraube,“ und nun stand auch Ritter auf, wandte sich nach Mag um.

„Der kann uns die Frage lösen,“ sagte er dann. „Komm setz dich neben mich.“

„Was ist denn los, was habt ihr denn?“ Auch der Direktor kicherte still in sich hinein und blickte Mag von der Seite erwartungsvoll an.

„Wieder prüfste der Rechtsanwalt vor sich hin, und Ritter schlug mit der Faust auf den Tisch, daß die feingeschliffenen Pfälzer Bierbecher klirrten.“

„Hier guck hin,“ und Mag bemerkte in der Ecke einen ganzen Korb Sekt. „Den hat der Reusch gebracht und der wird heute noch hergetrunken.“

Wie zur Illustration dieser Worte kam jetzt der Haserich, wie der Keilner in den „drei Hasen“ jeweilig genannt wurde, und brachte ein Tablett mit Sektgläsern, und hinter ihm erschien der Wirt selbst mit drei Flaschen, die in einem mächtigen Eiskühler standen.

„Auch der Wirt erhielt sein Glas und tat mit einem diskret freundlichen Lächeln seinen übermütigen Gästen Bescheid. Dann aber fragte er den Oberförster:

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

Steine. Mehrere dieser Kisten sind schon bei der Kriminalpolizei eingegangen, ohne daß es bisher gelang, die Diebesgesellschaft zu ermitteln.

Der arme Dollar - wie er sich täglich ablagern muß! Morgens in aller Frühe wird schon nach ihm gerufen. Schwach erhebt er sich, mißt seine Fiebertemperatur, und nachdem er zurecht gefrühert ist, liest er beim Frühstück in der Zeitung, wie er heute steht.

Das Erdinnere als Wärmequelle. Die Frage, was einmal werden soll, wenn die Kohlenvorräte der Erde erschöpft sind, beschäftigt weitsehende Forscher schon lange und hat dazu geführt, eine möglichst vollkommene Ausnutzung der Kohle zu erstreben und größte Sparsamkeit mit diesem kostbaren Stoff zu fordern.

Ein neues Flugprojekt zum Nordpol. Der bekannte Polarforscher Amundsen, der sich gegenwärtig in den Vereinigten Staaten aufhält, hat die Absicht im kommenden Mai den Nordpol im Aeroplan zu überfliegen.

Wirtschaftliche Rundschau des „Landboten“.

Allgemeine Lage. Das gesamte Wirtschaftsleben ist in ein sehr kritisches Stadium eingetreten. Selbst die besten Betriebe sind mit einem Schläge in die größten Schwierigkeiten verwickelt worden.

Geldmarkt. Die Geldverhältnisse haben eine weitere Verschlechterung erfahren. Bei den sehr unsicheren Verhältnissen und den Zahlungsschwierigkeiten einzelner Firmen ist man allgemein mit der Geldhergabe sehr zurückhaltend.

unser Dr. Müller, ich werde ihm die Sache vortragen, aber reichen Sie mir mal die Balle her, so trocken geht das nicht.“

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

„A, ich habe Ihnen doch gesagt, Reusch, wir brauchen einen Gelehrten, der in der Geschichte unseres lieben Kattenhausen bewandert ist, und der ist eben erst gekommen, hier-

gerufenen ungeheuren Bedarf ist die Notenpresse nicht rasch genug nachgekommen. Die Druckereien sind gegenwärtig auf eine Tagesleistung von 300 000 Billionen Papiermark eingestellt.

Börse. Die Festigkeit der Börse ist unerschütterter, wenn auch die politische Lage zu den schwersten Besorgnissen Anlaß gibt.

Handel, Gewerbe und Industrie. Jeder Betrieb, jeder offene Laden der noch in Papiermark rechnen muß, steht vor dem Verlust der Substanz, es vollzieht sich ein Ausverkauf aller Bestände mit ungeheurer Schnelligkeit.

Wohlfahrt. Aus den wenigen Verkaufsterminen, die die jüngste Zeit brachte, ist un schwer zu schließen, daß sich die zuverlässige Grundstimmung am Adellongholzmärkte nicht nur erhalten hat, sondern sogar Ansätze zur weiteren Befestigung sich ergaben.

Warenmarkt. Die sichtbaren Weltvorräte an Zucker stellen sich Mitte Oktober auf rund 28,93 Millionen Zentner, gegen 24,60 und 39,16 Millionen Zentner zu der entsprechenden Zeit in den beiden Vorjahren.

Produktemarkt. Wie nicht anders zu erwarten verpfanzte sich die Katastrophenhautse am Devisenmarkt auch auf den Markt in Produkten. Die Preissprünge für sämtliche Artikel waren enorm, zumal so gut wie kein Angebot zum Vorschein kam, die Auswahl also ungewöhnlich gering war.

zeigte sich wohl, aber sie konnte nicht befriedigt werden. Ueberaus war die Kauflust gar nicht stark, denn die hohen Preise wirkten abschreckend, zumal durch sie die Geldknappheit nur noch gefördert wurde.

Viehmarkt. Das Angebot an Vieh hatte keinen großen Umfang. War dies allein schon preissteigernd, so wirkte obendrein noch der gewaltige Marktsturz mit. Die Preise stiegen rapid, haben aber noch nicht den Vorkriegsstand erreicht.

Lebenshaltung. Die Lebensnot der Bevölkerung hat sich in den letzten Tagen namenlos verschlechtert, so daß heute ernster als je über die Gesamtlage und den körperlichen und seelischen Verfassungszustand des deutschen Volkes geurteilt werden muß.

Arbeitsmarkt. Die noch immer steigende Arbeitslosigkeit hat in verschiedenen Gegenden einen Umfang angenommen, der fast an die Zeiten kurz nach der Demobilisierung heranreicht. Das überall herrschende Streben, die Generalunkosten einzuschränken, führt in allen Zweigen der Wirtschaft zu Massenentlassungen.

Ausland. Arbeitslosigkeit und Stillstand der Produktion und des Konsums sind übrigens Erscheinungen, die sich auch jenseits unserer Grenze bemerkbar machen. In Holland, in der Schweiz und neuerdings auch in England steigt die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit und die Zahl der Arbeitslosen bedenklich.

Marktberichte.

Abermalige Erhöhung des Zuckerpreises. Nachdem der Zuckergrundpreis von der Zuckerwirtschaft im Einverständnis mit den zuständigen amtlichen Berliner Stellen eine neuerliche Erhöhung (auf 620 Milliarden pro Doppelzentner) erfahren hat und ebenso die Zuschläge und Spesen wiederum ums Mehrfache gesteigert sind, blieb dem Groß- und Kleinhandel nichts anderes übrig, als auch seinerseits den Verkaufspreis mit sofortiger Wirkung abermals zu erhöhen.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts vom 29. Oktober 1923.

Die Preise verstehen sich per Pfund in Milliarden Mark. Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 84 Ochsen, 28 Bullen, 169 Kühe und Rinder, 92 Kälber, 17

Schafe, 169 Schweine. Bezahlt wurde pro Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 7-8, 2. Kl. 6-7, 3. Kl. 5-6, 4. Kl. 4-5; Bullen 1. Kl. 6-7, 2. Kl. 5-6, 3. Kl. 4-5, 4. Kl. 3-4; Kühe und Rinder 1. Kl. 7-8, 2. Kl. 6-7, 3. Kl. 5-6, 4. Kl. 4-5, 5. Kl. 3-4; Kälber b 7-8, c 6-7, d 5-6, e 5-5, 5; Schafe a 5-6, b 4-5, c 3-4; Schweine wurden nicht notiert. Marktverlauf: Mit Großvieh mittelmäßig, geräumt, mit Kälbern lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, geräumt.

Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen wird durch die beim Marktpreis mit berücksichtigten notwendigen Spesen, wie Fracht-, Markt-, Futter-, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzsteuer usw., ferner den üblichen Gewichtsverlusten erklärt.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 29. Oktober 1923.

Table with 2 columns: Commodity name and Price per 100 kg. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Weizenmehl, Roggenmehl, and Raps.

Tendenz: fest.

Schlüsselzahlen.

- Badische Teuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 29. Oktober: 14 623 837 055 (Vorwoche 3 862 611 503). Reichsindexziffer: Stichtag 29. Oktober: 13 671 000 000 Mk. (Vorwoche 3045 Mill. Mk.).

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 4. November. Reformationsfest. 1/10 Uhr: Gottesdienst, Kollekte. Stadtvikar Meerwein. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtvikar Meerwein.

Amtliche Bekanntmachungen.

Nr. 83. Die gesetzliche Miete für Oktober 1923 betr.

In den Fällen, in denen die Miete für den Monat Oktober unter Zugrundelegung der unterm 28. September ds. Js. beschlossenen Hundertfüße für die Zuschläge zur Grundmiete vorausbezahlt wurden, sind die Mieten für den Monat Oktober als abgegolten anzusehen.

- 1. Die Steigerung der Zinsen einer in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung der Grundstücke bleibt mit 200 %/o. 2. a) Die Verwaltungskosten erhöhen sich von 4 800 000 %/o auf 4 800 000 000 %/o.

II. Gewerbezuschlag erhöht sich von 130 799 900 %/o auf 13 079 990 000 %/o. Werden vom Gemeinderat die großen Instandsetzungskosten beschlossen, so beträgt die gesetzliche Miete das 206 859 703 fache der Grundmiete.

Werden vom Gemeinderat die großen Instandsetzungskosten nicht beschlossen, so beträgt die gesetzliche Miete das 164 959 703 fache der Grundmiete.

Sinsheim, den 30. Oktober 1923. Bad. Bezirksamt.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 28. Oktober an sechstausend, für Sachbezüge vom 1. November an gegenüber den Sätzen der zweiten Septemberhälfte sechstausend. Die einzubehaltenden Beträge sind auf volle Millionen nach unten abzurunden.

Sinsheim, den 29. Oktober 1923. Bad. Finanzamt.

H. A. P. A. G. HAMBURG-AMERIKA LINIE. UNITED AMERICAN LINES INC. NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA. AFRIKA, OSTASIEN USW. Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen.

WHITE STAR LINE AMERICAN LINE. REGELMÄSSIGER PASSAGIERDAMPFER VERKEHR HAMBURG-NEW YORK. HAMBURG-HALIFAX (CANADA) NEW YORK. Hervorragende Einrichtung der Kajüte und dritten Klasse.

Bekanntmachung. Der Strompreis für die zweite Oktoberhälfte 1923 beträgt pro Kwst.: für Lichtstrom 10 Milliarden, für Kraftstrom 6,5. Elektrizitätswerk Sinsheim a. E.

Druckarbeiten für Handel, Gewerbe, Behörden und Private. Postkarten, Mitteilungen, Briefbogen m. Firma, Rechnungen, Briefhüllen m. Firma, Frachtbriefe, Anhänger und sonstige Formulare aller Art liefert bei sorgfältiger Ausführung und realen Preisen die G. Becker'sche Buchdruckerei.

Befcheinigungen des Lohnabzugs ans Finanzamt sind vorrätig bei der G. Becker'schen Buchdruckerei.

Empfehle mich im Neuanfertigen und Umändern von Kleidern, Mänteln etc. sowie Ausbessern von Wäsche, hier u. auswärts. Else Mayer Damenschneiderin Hoffenheim. Gänselebern kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Flöhe! Ungeziefer! tötet radikal „Discret“.